Stephan Geier, Schwellenmacht. Bonns heimliche Atomdiplomatie von Adenauer bis Schmidt, Paderborn [u. a.]: Schöningh 2013, 485 S., EUR 49,90 [ISBN 978-3-506-77791-1]

Besprochen von **Bruno Thoß**: Sigmaringen, E-Mail: thoss-bruno@t-online.de

DOI 10.1515/mgzs-2016-0062

Wie nahe kam die Bundesrepublik im Kalten Krieg wirklich an den Status einer Atommacht heran und wie sehr wich dazu ihre amtliche Diplomatie von ihrer geheimen Atompolitik ab? Unter dieser Leitfrage überprüft der Autor neben den

Aktenbeständen des Auswärtigen Amtes v.a. amerikanische Akten aus den Presidential Libraries. Schließlich hingen deutsche Spielräume doch wesentlich davon ab, wieviel Bewegungsfreiheit Bonn von Washington zugestanden wurde. Dass dafür in den frühen 1950er Jahren bei den Westmächten insgesamt noch wenig Bereitschaft vorhanden war, machten der jungen Bundesrepublik die scharf überwachten Kontrollgesetze überdeutlich. Eine erste Auflockerung erreichte Bonn immerhin bereits mit dem Abschluss der Verträge über eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) im Frühjahr 1952. Zwar blieb man weiterhin von jeder nuklearstrategischen Mitwirkung ausgeschlossen; für ihren Verzicht auf Atomwaffen als »strategisch gefährdete Zone« erreichte die Bundesrepublik aber eine stillschweigende Duldung zum Bau eines Kernreaktors für die zivile Nutzung von Atomenergie. Solches vorsichtige Entgegenkommen erhöhte sich 1954 noch mit dem Abschluss der Pariser Verträge. Jetzt war der freiwillige ABC-Waffen-Verzicht bereits ausdrücklich mit der Formel *rebus sic stantibus* eingeschränkt. Unterstützung dafür erhielt Bundeskanzler Konrad Adenauer von US-Außenminister John Foster Dulles, wollten die Amerikaner doch die Hände frei behalten für eine Nuklearisierung der NATO-Strategie unter Einschluss (west) deutscher Truppen. Zudem wurde Bonn schon 1955 kein Mengenverzicht bei spaltbarem Material mehr auferlegt.

Anders als in den Fachministerien war man sich im Auswärtigen Amt allerdings weiterhin darüber klar, dass trotz allen Entgegenkommens Uran ein »politisches Metall« blieb, ließen sich zivile und militärische Nutzung doch nicht säuberlich voneinander trennen. Gerade unter kontrollpolitischen Gesichtspunkten befürworteten die USA denn auch die Verhandlungen über eine Europäische Atomgemeinschaft (EURATOM) als zusätzliche Rückversicherung gegen atompolitische Eigenwege der Bundesrepublik. Umso überraschender musste Adenauers Aussage schon im Oktober 1956 wirken, dass ausgerechnet darüber ein Weg zu deutschen Atomwaffen führen könne. Mittlerweile hatte nämlich beim Bundeskanzler ein Sinneswandel über ein nichtdiskriminierendes Mitwirken an nuklearen Planungen im Bündnis stattgefunden, ausgelöst vom Drängen seines Atomministers Franz Josef Strauß. Nach dessen Amtsantritt als Bundesverteidigungsminister ging Bonn sogar kurzzeitig auf ein französisches Angebot zur geheimen Zusammenarbeit in nuklearen Fragen ein, mochte dies doch den Weg zu einer Umgehung des einseitigen Verzichts auf Atomwaffen öffnen. Schließlich würde sich die Zusammenarbeit mit Paris nicht auf deutschem Territorium, sondern mit deutscher Beteiligung an französischen Forschungsstätten abspielen. Ob daraus sogar bei einem Erfolg eine atomare militärische Mitbestimmung erwachsen wäre, stellt der Verfasser indes zu Recht infrage. Interessant ist dabei die ablehnende Haltung der westdeutschen Atomwirtschaft, die von einer militärischen Ausweitung nur zusätzliche internationale Kontrollen befürchtete. Man

hätte sich gewünscht, dass der Autor dazu schon beim Abschluss der Pariser Verträge auf die Einwände der chemischen Industrie insgesamt gegen Adenauers einseitigen ABC-Waffen-Verzicht eingegangen wäre. Denn genau diese Frage einer nur schwer zu trennenden militärischen und zivilen Nutzung von atomaren wie chemischen Grundstoffen und Produktionsverfahren hatten Industrie und Forschung frühzeitig alarmiert, erachtete man dies doch als Einstieg der Westmächte in eine nur kontrollpolitisch getarnte Industriespionage.

Zeitweilig erfolgversprechender als eine Mitwirkung an direkter Forschung und Produktion erschien da schon eine Erweiterung der NATO zur Atommacht, wie sie als Antwort auf die Glaubwürdigkeitskrise in den amerikanisch-westeuropäischen Sicherheitsbeziehungen seit 1957 ventiliert wurde. Da Washington das Projekt indes auch als Kontrollinstrument gegenüber den eigenständigen atomaren Ambitionen Großbritanniens und Frankreichs einzusetzen gedachte, scheiterte es letztlich an deren Vorbehalten. Aber auch die USA verfolgten das Vorhaben schon unter Präsident John F. Kennedy nur noch halbherzig, war ihnen doch mehr an konventioneller Aufrüstung ihrer westeuropäischen Partner als an deren nuklearstrategischer Mitbestimmung gelegen. Hinzu kam die Hoffnung Washingtons, die Moskauer Vorbehalte gegen eine zu große Nähe der Westdeutschen zu Atomwaffen für ihr langfristiges Projekt eines internationalen Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen nutzen zu können. Allein die Sorge vor einer (west)deutsch-französischen Annäherung mit ihren Problemen für NATO und EWG ließ 1963/64 auch die Kennedy-Administration nochmals kurzzeitig zum Gegenmittel des Angebots einer Multilateralen Atomstreitmacht (MLF) in Form einer entsprechenden Trägerflotte greifen. Selbst in so einem Konstrukt wäre die Entscheidungsgewalt hinsichtlich eines Einsatzes atomarer Waffen allerdings bei den Amerikanern verblieben.

Bei alledem wurde aber auch die zivile Atomforschung in der Bundesrepublik weiter kritisch aufmerksam von den Westmächten beobachtet. Typisch dafür waren die von Washington konsequent durchgesetzten Restriktionen gegen den Export einer leistungsfähigen deutschen Gaszentrifuge, die von deutschen Wissenschaftlern für die zivile Nutzung von Atomenergie angepriesen, von den USA dagegen als Gefahr eines Unterlaufens ihrer Nonproliferationspolitik gewertet wurde. Die Ansprache der Bundesrepublik schon Ende der 1950er Jahre als atomare »Schwellenmacht von Amerikas Gnaden« (S. 135) darf daher nicht überschätzt werden, blieben die dagegen eingesetzten kontrollpolitischen Instrumente doch jederzeit wirksam. Für die Bundesrepublik drohte das amerikanische Drängen auf einen Vertrag über Nonproliferation indes noch aus anderen Gründen das eigene Streben nach Gleichberechtigung erheblich zu benachteiligen. In der NATO musste man trotz des festgeschriebenen Prinzips der Nichtdiskriminierung dauerhaft den Status eines atomaren Habenichtsinne nehmen,

denn auch die Einrichtung einer Nuklearen Planungsgruppe im Bündnis als Trostpflaster für den aufgegebenen Plan einer gemeinsamen Atomstreitmacht ließ die gravierenden Unterschiede zwischen den Atommächten und ihren nicht-nuklearen Partnern nur marginal schrumpfen.

Wie komplex die Frage einer atomaren »Schwellenmacht« für Bonn war und blieb, machten die eingehend analysierten Verhandlungen über einen Teststopp- und einen Nonproliferationsvertrag deutlich. Die USA setzten dazu bei aller Fortdauer des Kalten Krieges einige Hoffnung auf eine Konvergenz der Interessen beider Supermächte, sah man im Kreml doch mit wachsender Sorge auf die Entwicklung des bisherigen Verbündeten China zur Atommacht, nachdem sich Peking vom Verbündeten zunehmend zum Konkurrenten in der sozialistischen Welt zu wandeln begann. Washington und Moskau hatten daher ein gemeinsames Interesse an der Eindämmung einer Entwicklung hin zu weiteren Atommächten selbst unter ihren Verbündeten. Damit musste man sich in Bonn jedoch zugleich darüber sorgen, dass dies deutschlandpolitisch gegen das eigene Interesse an einem einheitlichen ostpolitischen Kurs des Westens zu führen drohte. In der Berlinkrise konnte die Bundesregierung zumindest einen allzu engen atompolitischen Konnex der Supermächte zu ihren Lasten abfangen. Schließlich wollten die USA eine derartige indirekte Zusammenarbeit mit der UdSSR nicht überreizen. Auf dem Weg zur Nonproliferation blieb der amerikanische Druck auf die Bundesrepublik jedoch konstant. Deshalb erschien es den »Gaullisten« in den Unionsparteien vonnöten, über eine engere deutsch-französische Allianz atompolitische Alternativen zu den »Atlantikern« in den eigenen Reihen zu gewinnen. Der Sturz von Verteidigungsminister Strauß und Adenauers Ausscheiden aus dem Amt verschafften der Regierung Erhard-Schröder jedoch die benötigte Luft, um solches Spielen mit der französischen Karte allianz- wie europapolitisch zurückzudrängen. Mochten die internen Kritiker so schwere Geschütze wie die Schlagworte vom »neuen Versailles« (Strauß) oder einem »Morgenthau-Plan« (Adenauer) gegen amerikanischen Druck auf Bonn zu atompolitischer Zurückhaltung auffahren, eine völlige Isolierung auf dem sensiblen Feld der Nonproliferation wollte man sich in Bonn mehrheitlich nicht leisten.

In der Großen Koalition glaubte Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zwar noch innerparteiliche Rücksichten auf die »Gaullisten« in den Unionsparteien nehmen zu müssen; eine (west)deutsche Zustimmung zum Nonproliferationsvertrag durfte daran aber nicht scheitern. Hier wie im sozialliberalen Bündnis danach ließ sich die Bonner Politik allerdings bei aller Bereitschaft zur Unterzeichnung eines entsprechenden Vertrags nie von ihrem Ziel einer eigenständigen zivilen Atompolitik abbringen. So unumgänglich der Bonner Verzicht auf ein militärisches Nuklearprogramm war, so konsequent wehrte man sich andererseits im Verein mit anderen Nichtatommächten gegen ein zu weitreichendes Kontroll-

system. Erfolgreich erreichte die Bundesregierung schließlich im Artikel IV des Nonproliferationsvertrages eine gewichtige Aufweichung. Danach beschränkte sich das Kontrollsystem ausdrücklich auf die militärische Nutzung von Kernenergie. Eigene fortgeschrittene Nukleartechnologie blieb daher auch weiterhin ein Schlager im Bonner Exportgeschäft, das man sich trotz weiterer amerikanischer Vorbehalte auch während der sozialliberalen Koalition nicht einschränken ließ. Es sprechen darum gute Argumente für die Bilanz von Stephan Geier in seiner Studie, die deutsche Exportpraxis mitverantwortlich macht für die Lückenhaftigkeit des schließlich erreichten Nonproliferationssystems. Das sollte sich umso nachteiliger auswirken, als die Kontrollmechanismen gegen geheime atomare Aktivitäten an sich schon einigermaßen wirkungslos blieben. Kritische Ausblicke dazu lassen sich abschließend aus einer instruktiven Übersicht über alle Kernwaffenmächte und -anwärter bis zu den derzeitigen Problemen mit dem Iran und Nordkorea gewinnen.